

Carsten Nickel

Populismus, Politikwissenschaft und die Zukunft der Sozialdemokratie

Die SPD hat also eine neue Parteiführung, mal wieder. Selbst ohne die nach diversen Putschen, Rücktritten und Abschieden eingesetzten kommissarischen Chefs hat die Partei seit dem Amtsantritt Angela Merkels im Jahr 2005 sechs Vorsitzende verschlissen; seit der Zeitenwende 1990 waren es zwölf. Besser als anhand dieser Zahlen lässt sich wohl kaum beschreiben, in welch tiefer Krise sie sich befindet. Allerdings handelt es sich dabei weder um ein spezifisch deutsches Phänomen noch um eines, das sich ausschließlich auf Personalfragen reduzieren ließe. Denn in weiten Teilen Europas ist die Sozialdemokratie bekanntlich dabei, strukturell zerrieben zu werden zwischen den beiden Enden einer neuen, zunehmend polarisierten Politik, dem grün-liberalen und dem rechtspopulistischen Lager.

Was tun? Folgt man Stimmen aus der modernen Politikwissenschaft, erscheint die Antwort beizeiten überraschend eindeutig: die Hinwendung zu den neuen, aufstrebenden Wählergruppen am grün-liberalen Pol. Inhaltlich verlange dies eine Ausrichtung an liberalen Werten sowie eine Sozialpolitik, die statt herkömmlicher Umverteilung zwecks »Konsum« eher auf »Investitionen« setzt: Staatliche Mittel sollen also etwa in Aus- und Weiterbildung, Kinderbetreuung und leistungsfördernde Anreize fließen, anstatt primär für traditionelle Arbeitslosen- und Sozialhilfe ausgegeben zu werden.¹

Seit den 1990er Jahren scheint eine solche Umorientierung für sozialdemokratische Parteien immer attraktiver geworden zu sein. Sie erlaubte es ihnen, das wachsende Segment neuer, auf Nachhaltigkeit bedachter Mittelklasse-Wähler*innen am grün-liberalen Pol anzusprechen – zu einem Zeitpunkt, an dem die traditionelle Arbeiterschaft als Stammwählerschaft zunehmend wegbrach. Im Gegensatz zur momentan empfundenen Krise gibt es, so gesehen, für eine liberal gewendete Sozialdemokratie deutlich mehr zu gewinnen als zu verlieren.

1. Schrumpfungserzählungen

Stichwort: Verluste. Die Liberalisierung der Sozialdemokratie birgt natürlich Risiken. Die offensichtlichste Gefahr besteht in der Abwanderung der traditionellen, schlechter gebildeten und weniger auf Nachhaltigkeit bedachten Wählerschaft, die sich eher klassisch umverteilenden »Konsum« wünscht. Im schlimmsten Falle finden diese Wähler*innen eine neue Heimat bei populistischen Parteien.

1 Zuletzt etwa: Abou-Chadi, Wagner 2019. Siehe auch: Gingrich, Häusermann 2015; Häusermann et al. 2013. Grundlegend für diesen Diskurs war Kitschelt 1994.

Allerdings, so versichern uns namhafte Forscher*innen, stellt eine solche Abwanderung in Wirklichkeit kaum eine Gefahr dar. In einem Beitrag für den britischen *Guardian* erklärte etwa Cas Mudde jüngst, dass die Arbeiterschaft zwar für den anfänglichen Aufstieg der Populist*innen ausschlaggebend gewesen sei, aber nicht mehr für ihr jüngeres Erstarken. Ihre neueren Zugewinne hätten die Populist*innen in anderen, traditionell eher konservativ gesinnten Teilen der Wählerschaft gemacht. Eine Rückbesinnung der gemäßigten Linken auf ihre einstige Stammwählerschaft könne daher nicht die richtige Antwort auf Trump und Co. sein.²

Schaut man auf die Forschungsergebnisse, die zum Beleg dieser These herangezogen werden, zeigt sich in der Tat, dass der Zulauf zu rechtspopulistischen Parteien heute unterschiedliche Quellen hat. So konkurrieren die Populist*innen etwa mit der Sozialdemokratie um die Stimmen der Arbeiterschaft, während sie mit gemäßigt-konservativen Parteien um traditionalistisch eingestellte Wähler*innen sowohl aus ökonomisch bessergestellten Kreisen als auch aus der unteren Mittelschicht – dem einstmals sogenannten Kleinbürgertum – streiten.³ Für den deutschen Fall ist derweil gezeigt worden, dass nicht unbedingt nur momentan in Arbeitslosigkeit befindliche Menschen zur Wahl der AfD neigen, sondern vielmehr ein weiterer Kreis derer, die den Abstieg dorthin fürchten oder in der Vergangenheit von ihr betroffen waren.⁴

Das Wählerreservoir der Rechtspopulist*innen ist also vielschichtig. Es umfasst sowohl Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger*innen als auch kleine Angestellte und Arbeiter*innen, das niedere Beamtenamt und Kleingewerbetreibende. Es ist eine durchaus heterogene Gruppe, die sich am traditionalistisch und kommunalristisch gesinnten, schwächer gebildeten und weniger urbanen Pol des Elektorats versammelt. Das sind wichtige Erkenntnisse – aber beweisen sie wirklich, dass die Sozialdemokratie nicht zuständig ist für diese vielschichtige Gruppe derer, die sich in der liberalen Ordnung ins Hintertreffen geraten fühlen?

Sicher, traditionell ist etwa das Kleinbürgertum eine Hochburg der Konservativen gewesen. Aber man wird die Sozialdemokratie nicht einfach dadurch aus der Verantwortung für den Aufstieg des Populismus unter den nichtkosmopolitischen Wähler*innen entlassen können, dass man schadenfroh auf die Konservativen zeigt: Seht her, jetzt kommt auch denen ihre einstige Stammwählerschaft abhanden! Solch statische Selbstvergewisserungen über die scheinbar ewige Zuständigkeit der Konservativen für das Kleinbürgertum kontrastieren auf recht eigenartige Weise mit dem ansonsten gern vorgebrachten – und faktisch ja offensichtlich korrekten! – Hinweis, dass traditionelle Parteibindungen im Schwinden begriffen sind. Sie decken sich nur schwerlich mit der gleichzeitigen, dynamischen Empfehlung an die Sozialdemokratie, sich anderswo neue Wählerschichten zu erschließen.

2 Mudde 2019.

3 Oesch, Rennwald 2018.

4 Manow 2018.

Umgekehrt betrachtet: Man kann sich auf Kontinuitäten und die Rolle von Stammwähler*innen konzentrieren, selbst in Zeiten abnehmender Parteibindungen. So stellt man die Verantwortung der Parteien heraus, von denen die Wähler*innen einst zu den Populist*innen übergegangen sind. Allerdings stellt sich dann die Frage, warum dieser Zugang scheinbar nur auf die einstmals konservativ wählenden Teile des heute populistischen Elektorats angewandt werden soll – also etwa auf das Kleinbürgertum –, jedoch nicht auf solche Milieus, die vormals sozialdemokratische Stammwählerschaft waren – wie etwa die Arbeiterschaft.

Womöglich weil der Umzug der Arbeiterschaft zu den Populist*innen zeitlich schon weiter zurückliegt, wird er als mittlerweile konsolidiertes, unverrückbares und daher schlicht zu akzeptierendes Faktum betrachtet. Damit liegt letztlich auch ein eigenartiges Spannungsverhältnis vor mit den oft zu hörenden Klagen über die neue Polarisierung der Politik – eine Polarisierung, die in Form der als permanent betrachteten Abwanderung der Arbeiterschaft zu den Populist*innen aber seltsamerweise als einfach gegeben akzeptiert wird.

2. Verlustvermessungen

Selbst wenn es heute nicht mehr allein und ausschließlich die Arbeiterschaft ist, die die Populist*innen wählt, folgt daraus also keineswegs bereits objektiv oder gar automatisch, dass die Sozialdemokratie bei der Konkurrenz um die heterogene Wählerschaft am nichtkosmopolitischen Pol grundsätzlich keine Rolle zu spielen habe. Vielmehr scheint sich die gewisse Nonchalance gegenüber dem sozialdemokratischen Verlust dieser Wählerschaft mit der Tendenz zu decken, sein Ausmaß kleinzurechnen. Das liegt häufig auch an einer Konzentration auf unmittelbare Wählerwanderungen von einer Partei zur nächsten. In seinem *Guardian*-Beitrag erinnert uns etwa Cas Mudde daran, dass sozialdemokratische Parteien bei den letzten Wahlen in Deutschland, den Niederlanden und Italien zwar heftige Verluste erlitten haben, die Abwanderungen zu den Populist*innen aber gering gewesen seien.

Das ist zwar richtig, vernachlässigt aber wohl den Umweg über das Lager der Nichtwähler*innen, den gerade weniger gebildete Wähler*innen während der letzten Jahrzehnte eingeschlagen haben.⁵ Denn sozialdemokratische Parteien haben zunächst stark unter Wahlenthaltung gelitten, bevor zuletzt, bei wieder steigender Beteiligung, die Populist*innen gerade aus dem Reservoir vormaliger Nichtwähler*innen geschöpft haben. An die Gruppe der Nichtwähler*innen verlor die SPD auch 2017 noch den größten Einzelblock von mehr als einer Million Stimmen, und es ist nach wie vor gerade dieses Lager, das der AfD Erfolg um Erfolg beschert.⁶ Re-Politisierung bringt Stimmengewinne für die Populist*innen

5 Zum Umzug der sogenannten »Agenda-Verlierer« (einschließlich gerade auch weniger ausgebildeter Menschen) von der SPD ins Lager der Nichtwähler*innen siehe etwa Schwander, Manow 2017.

6 Siehe die Daten zu den Wählerwanderungen unter <https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2017-09-24-BT-DE/index.shtml> (Zugriff vom 17.12.2019).

– kein Wunder, dass gerade sie es sind, die heute besonders häufig die Demokratie im Munde führen, man denke nur an die britischen *Brexiters*!

Derweil kommt das jahrzehntelange Abrutschen ganzer, einst sozialdemokratischer Milieus zu den Populist*innen nur schwerlich zum Ausdruck, wenn man lediglich danach fragt, zwischen welchen Parteien Wähler*innen bei den letzten zwei oder drei Urnengängen gewechselt sind. Direkte Verluste der Sozialdemokratie an die Populist*innen mögen heute oft eher klein sein, aber das liegt eben auch daran, dass wir es schon vor den letzten Wahlgängen häufig nur noch mit einem Rumpf des einstigen sozialdemokratischen Elektorats zu tun hatten, bezüglich seiner Gesamtgröße und, in der Konsequenz, auch im Hinblick auf seine gesamtgesellschaftliche Repräsentativität. So sackte der Stimmenanteil der SPD bei der Bundestagwahl 2017 bekanntlich auf katastrophale 20,5 Prozent, aber schon 2013 hatte er ja nur noch bei unbefriedigenden 25,7 Prozent gelegen. Bereits damals hatte sich ja die Frage gestellt, inwieweit es sich bezüglich ihrer Repräsentationskraft überhaupt noch um dieselbe Partei handelte wie die, die 1998 noch auf 40,9 Prozent gekommen war.

Die Bedeutungslosigkeit der Abwanderung traditionalistischer Wählergruppen wird also oftmals unter Bezugnahme auf die Ausgangsgröße einer Sozialdemokratie vorgerechnet, der das nichtkosmopolitische Elektorat in Wahrheit schon längst abhandengekommen war. Ein solcher Ansatz umgeht aber die Frage, auf welcher ideen-, programm- und parteihistorischen Grundlage man sich für welche inhaltliche Variante der Sozialdemokratie als Ausgangsgröße, als (einstigen) »Normalfall« und normative Zielgröße – letztlich: als Definition – entscheidet. Reden wir von Sozialdemokratie, wenn wir es mit einer Partei zu tun haben, deren Angebot es ihr faktisch ermöglicht, sowohl besser als auch weniger gebildete Wähler*innen zu erreichen? Oder sprechen wir von ihr auch noch im Falle einer Partei, der dieses Maß an sozialer Integrationskraft schon längst abhanden gekommen ist, die dafür aber für bestimmte freiheitliche Versprechen steht?

Für beide Antworten mag es gute Gründe geben.⁷ Für die Ausklammerung der zugrunde liegenden Frage aber – und das bei gleichzeitiger Verschreibung scheinbar empirisch belegter Strategien zur Neuausrichtung der Sozialdemokratie – gibt es sie wohl kaum.

3. Selbstbanalisierung

Was nach provokanter Zuspitzung klingen mag, zielt in Wahrheit auf etwas, das eigentlich ein Kernpunkt jedweder politikwissenschaftlichen Betrachtung sein müsste: Im Interesse analytischer Transparenz müsste zunächst einmal definiert werden, was eigentlich unter Sozialdemokratie verstanden werden soll – bevor im Ton der empirisch-wissenschaftlichen Belegbarkeit einfach diese oder jene Umorientierung empfohlen wird.

⁷ Für ein engagiertes Plädoyer für die freiheitliche Position siehe etwa: Roth 2017.

Die systematische Auslassung dieser Frage demonstriert eine gewisse Tendenz der modernen Politikwissenschaft zu ihrer eigenen Banalisierung. Diese scheint sich – ironischerweise – zu verstärken, je mehr sich die Disziplin auf ihre wachsende empirisch-methodische Komplexität einbildet. Unter dem Diktat von Fragen der Kodierbarkeit in Datensätzen lautet die Antwort auf die scheinbar triviale Frage nach der Definition der Sozialdemokratie oft schlicht: die Partei mit dem Label »sozialdemokratisch«, ihr Stimmenanteil, ihre Gewinne und Verluste in kürzlichen Urnengängen oder ihr mathematisch geschätztes, potenzielles Wahlergebnis. Für Statistiker*innen in der Markt- und Markenberatung mag ein solcher Zugang hinreichend sein – aber ist er ausreichend für eine Politikwissenschaft, die nicht weniger diskutiert als die Zukunft einer politischen Bewegung? Umgekehrt könnte man fragen: Wenn sich die Politikwissenschaft so gedankenlos selbst banalisiert, wo liegt dann eigentlich ihr Vorteil gegenüber schnöde-kommerzieller Wahlkampfberatung?

Letztlich wird der Sozialdemokratie rein im Hinblick auf wahlstrategische Erfolgsaussichten wissenschaftlich die Umwandlung in eine grün-liberale Partei empfohlen, ohne auch nur einmal einige ganz grundlegende Fragen zu stellen: Warum? Braucht es denn eine weitere grüne oder liberale Partei? Und was ist, umgekehrt, der Sinn einer »Sozialdemokratie« genannten Partei, die aber die Benachteiligten der momentanen Ordnung nicht länger repräsentieren will? Worin besteht die politikwissenschaftliche Relevanz des Über- oder Ablebens einer solchen Einzelmarke, wenn ihr neuer, grün-liberaler Auftrag auch vom Original grün-liberaler Kräfte erledigt werden kann? Und worin liegen letztlich Sinn und Zweck einer Politikwissenschaft, die sich derlei analytische Grundfragen gar nicht stellt und sich stattdessen ganz auf die Errechnung von Label-Strategien beschränkt?

Welche programmatiche Ausrichtung, welchen Repräsentationsanspruch, welches Maß an gesellschaftlicher Integrationskraft wollen wir also unter eben jener Sozialdemokratie verstehen, der dann die Vorteile dieser oder jener Verwandlung empfohlen werden sollen? Gibt es einen Punkt, ab dem wir den Verwandlungsprozess möglicherweise zu weit treiben? Wo hört, unbenommen ihres unveränderten Namens, Sozialdemokratie auf, sie selbst zu sein? Noch einmal: Bei der Beantwortung dieser Fragen kann man sowohl auf liberale Wurzeln als auch auf kommunitaristische Traditionen verweisen – aber daran, diese Fragen zunächst überhaupt zu stellen und sie transparent zu beantworten, dürfte eigentlich kein Weg vorbeiführen, wenn man substantieller diskutieren möchte als aus rein wahlstrategischer, kampagnentechnischer oder statistischer Perspektive.

Obwohl die Idee einer gesteigerten Objektivität immanent in ihr mitschwingt, verliert diese Art moderner Politikwissenschaft im Ergebnis ausgerechnet an analytischer Stringenz. Sie misst mit zweierlei Maß. So empfiehlt sie der Sozialdemokratie einerseits eine dynamische Neuorientierung hin zum grün-liberalen Bürgertum, lehnt aber gleichzeitig eine sozialdemokratische Verantwortung für den Aufstieg des Populismus ab, indem sie auf statische Faktoren wie die einstmalige Bindung kleinbürgerlicher Wähler*innen an konservative Parteien oder eine nunmehr als traditionell hinzunehmende Bindung weniger gebildeter Wähler*innen

an die Populist*innen verweist. Sie fokussiert sich so stark auf momentan-direkte Wählerwanderungen von einer Partei zur nächsten, dass sie von strukturellen Prozessen des Transfers ganzer Milieus von der Sozialdemokratie zu den Populist*innen vielleicht noch weiß; doch meint sie, diese weitgehend vernachlässigen zu können, weil sie entweder vor dem Betrachtungszeitraum stattfanden oder den Umweg über die Wahlenthaltung nehmen.

Und so scheint sie schließlich zu glauben, ihre Wissenschaftlichkeit komme nicht in erster Linie in der transparenten Konstruktion analytischer Kategorien für das im Alltag so normativ aufgeladene Themenfeld der Politik zum Ausdruck. Stattdessen belegt sie ihren wissenschaftlichen Anspruch ganz mit ihrer angeblichen Fähigkeit, berechnen zu können, wohin sich eine über das Parteienlabel hinaus nicht weiter definierte Sozialdemokratie am besten wenden solle. Am Ende beantwortet sie normative Fragen, die sie (zumindest scheinbar) gar nicht stellen wollte – und das im Tone der empirischen Analyse!

4. Nichtgewinne

Vielleicht sind es aber gar nicht die Verlustdiskurse, in denen die Dilemmata von Politikwissenschaft und Sozialdemokratie am besten zum Ausdruck kommen, sondern viel eher die Debatten über ausbleibende Zugewinne. Die Diskussion nach den Wahlen zum dänischen Folketing lieferte jüngst ein Beispiel. Dort wurden die Sozialdemokrat*innen stärkste Kraft und kehrten an die Regierung zurück, allerdings gewannen sie lediglich einen zusätzlichen Sitz – und das trotz eines auch nichtliberalen Wählergruppen ansprechenden, kommunitaristischen Kurses zu Migration und Sozialstaat und obwohl zeitgleich die rechtspopulistische Dänische Volkspartei regelrecht kollabierte. Aber vom Zusammenbruch der Rechtspopulist*innen profitierten vor allem die Konservativen, während Wanderrungen von den Populist*innen zu den Sozialdemokrat*innen in der Summe geringer ausfielen als die sozialdemokratischen Verluste an kleinere Parteien des linksliberalen Spektrums. Das Erstarken dieser linksliberalen Parteien war es denn auch, das dem »roten Block« insgesamt die Mehrheit und somit den Sozialdemokrat*innen die Rückkehr an die Regierung bescherte.

Prompt schlussfolgerten auch akademische Kommentator*innen, die Sozialdemokratie sei mit ihrem traditionalistischen Kurs gescheitert.⁸ Dabei deutet doch gerade die Rolle der kleineren linksliberalen Parteien auf noch etwas ganz anderes hin: Aufgrund der Existenz einer linken und einer rechten Parteienallianz konnte die Sozialdemokratie Verluste innerhalb des »roten Blocks« zumindest eher verschmerzen als Abwanderungen nach rechts oder zu den Nichtwähler*innen. So besehen hat der nichtkosmopolitische Kurs möglicherweise zentrale Bedeutung gehabt, indem er die linke Allianz etwa auch für kommunitaristisch gesinnte, schwächer gebildete und weniger urbane Bevölkerungskreise wählbar gehalten haben könnte. Auch wenn grün-liberale Wähler*innen darauf mit einem Wechsel

8 So etwa: Hacker 2019.

zu kleineren linken Parteien reagierten, blieben sie damit doch zumindest für eine linke Regierungsmehrheit verfügbar – ein vergleichsweise kleineres Übel, als wenn die Sozialdemokratie durch einen puristisch-liberalen Kurs zwar die linksliberalen Parteien klein gehalten, aber möglicherweise nichtliberale Wähler*innen nach rechts oder in die Entpolitisierung verloren hätte.

Mit ihrem traditionalistischen Kurs hat es die Sozialdemokratie möglicherweise geschafft, die Politik links der Mitte doppelt offen zu halten. Das geschah einmal in einem programmatisch-liberalen Sinne. Trotz aller sozialdemokratischer Festlegung auf ein weniger kosmopolitisches Programm galt schließlich auch weiter das Versprechen, am Ende eine Regierung zu bilden, die auf die Stimmen der kleineren linksliberalen Parteien angewiesen sein würde. Damit war klar, dass auch liberale Forderungen zu berücksichtigen sein würden. Zum anderen herrschte Offenheit aber auch im Sinne eines Willens zum Kompromiss über eine in ihrem Liberalismus homogene Welt hinaus. Man bezog stattdessen auch schlechter gebildete, weniger urbane Gruppen wie die einstigen sozialdemokratischen Stammwähler*innen in der Arbeiterschaft ein, die sich vielleicht eher kommunitaristische Angebote wünschten.

Eine solche Lesart könnte interessant sein in Bezug auf die taktische Frage der Mehrheitsgewinnung für die Einzelpartei »Sozialdemokratie« unter Bedingungen der Konkurrenz zweier Allianzen. Vor allem aber verweist sie uns abermals auf die Frage nach dem politischen Wesen der Sozialdemokratie – eine Frage, die letztlich viel entscheidender ist als viele der momentanen Debatten über den vermeintlichen Linksschwenk der neuen SPD-Führung oder die Zukunft von Angela Merkels Koalition. Wollen wir auch dann noch von Sozialdemokratie sprechen, wenn eine Partei lediglich entweder die eine oder die andere Form von Offenheit verfolgt? Oder sollte ihr eigentliches Wesensmerkmal nicht genau in dem Versuch gesehen werden, beide Formen miteinander zu verbinden – in dem Wissen, dass sie sich gegenseitig bedingen? Sozialdemokratie wäre dann weder nur liberales Befreiungsversprechen noch ausschließlich kommunitaristische Solidaritätsbewegung, sondern zunächst und vor allem *Sozial-Demokratie*: Anti-Klientelbewegung und Partei für die *Gesellschaft* als dem Raum zur demokratischen Konstruktion der Kompromisse, ohne die weder Freiheit noch Gerechtigkeit zu verwirklichen sind.

5. Politische Wissenschaft?

In der Realität jedoch behandelt die moderne Politikwissenschaft die Frage nach der Zukunft der Sozialdemokratie oft als Problem der statistisch zu erwartenden Wählbarkeit einer bestimmten Partei. Mit immer größerer – und in der Tat beeindruckender! – methodischer Finesse wird Mikropräferenzen als einem im Grunde un- oder zumindest vorpolitischen Kern allen gesellschaftlichen Handelns nachgespürt. Demnächst könnte es vermehrt um Experimente gehen, in denen vor allem die individuellen Abwägungsprozesse untersucht werden, mit denen einzelne Wähler*innen zwischen ihren unterschiedlichen persönlichen Interessen wählen

und so erst Präferenzen ausbilden.⁹ Was bei so viel »Neuer Subjektivität« (oder statistischem Biedermeier?) auf der Strecke bleibt, ist die im eigentlichen Sinne politische, über die Ebene von Individuum oder Gruppe hinausgehende Frage nach gesellschaftlichen Dimensionen und Prozessen – wie eben nach Rolle, Gestalt und Definition der Sozialdemokratie als politisches Programm.

Gerade die dem modernen Marketing entlehnte Label-Perspektive¹⁰ macht derweil nur zu offensichtlich, wo die moderne Disziplin oft selbst verwurzelt ist: in dezidiert individualistischen Zugängen zu Politik und Gesellschaft. In Anbetracht des überdurchschnittlichen Ausbildungsgrads der sie Betreibenden ist es vielleicht auch gar nicht so verwunderlich, dass sie damit letztlich wenig neutral auf einer der beiden Seiten der aktuell so polarisierten Debatte steht: nämlich im Lager eben jener neuen, gebildeten, liberal-urbanen Mittelklasse, deren exklusive politische Vertretung – das rechnet die moderne Politikwissenschaft auch gern ganz uneigennützig vor – ab jetzt die Aufgabe der Sozialdemokratie zu sein habe.

Der Zugriff dieser Art von Politikwissenschaft ist also selbst hoch politisch. Nur scheinbar umgeht sie die eigentlich gesellschaftliche Frage, um sie dann implizit umso dezidierter zu beantworten: Die Sozialdemokratie soll urban-liberale Klientelpartei sein. Und hier, viel mehr als in allen Rechenkünsten, liegt denn auch der Hauptbeitrag zur eigentlich politischen Debatte: im Ausweis einer liberal-gebildeten Reduktion von Politik auf individuelle Präferenzen, spezifische Marken und Kampagnenstrategien; und im Beleg einer ideologisch zunehmend in sich geschlossenen, puristisch-liberalistischen Weltsicht am bürgerlichen Pol des potentiellen Linkselektorats. Aber die Sozialdemokratie kann den »roten Block« nur dann für weniger gebildete Wähler*innen offen halten, wenn die Liberalen sich nicht aus ihm zurückziehen, sobald die Sozialdemokratie es wagen sollte, Kompromissangebote zu machen, die auch über kosmopolitische Kreise hinaus Anklang finden.

Man müsste also in die andere Richtung fragen: Was erklärt eigentlich die offensichtliche Bereitschaft einiger Teile des gebildet-liberalen Bürgertums, etwa im dänischen Beispiel, sich eben nicht abzuschotten von denen, die eher kommunalistische Vorstellungen von Gesellschaft haben? Woher kommt in diesem Beispiel die anscheinende Offenheit zu gewissen Kompromissen, welche die weniger Gebildeten auch weiterhin in einen gemeinsamen linken Block einbinden, anstatt sie den Populist*innen zu überlassen? Und umgekehrt: Warum ist in Deutschland die Position der Grünen als *der* Partei des kosmopolitisch-gebildeten Bürgertums mittlerweile viel fluider zwischen mitte-links und mitte-rechts?

Vor diesem Hintergrund soll denn der Sozialdemokratie hier auch nicht etwa empfohlen werden, sich einfach »nach rechts« zu wenden (in einem zweidimensional konzipierten politischen Raum müsste es ohnehin »nach unten« heißen).

9 Siehe etwa Häusermann et al. 2018.

10 Der entsprechende Begriff des politischen Marketings geht zurück auf Kelley 1956. Dabei geht es letztlich um die Anwendung von Produktwerbestrategien auf den Wettbewerb politischer Parteien im oftmals sogenannten »Wählermannmarkt«. Siehe Lees-Marshment et al. 2019.

Schließlich bleibt es wahr: Programmatisch hat sie immer einen liberalen Kern gehabt, vom Marx'schen Internationalismus an. Nur hat der Sinn ihrer Entstehung in der historischen Abgrenzung vom Kommunismus eben gerade darin bestanden, dass sie es ablehnt, Klientelpolitik im Zweifelsfall auch unilateral zu betreiben. Das galt dageinst gegenüber dem Gespinst einer Diktatur des Proletariats, und es müsste eigentlich auch heute gelten in Anbetracht statistisch durchgerechneter Phantasien von politischer Exklusivität und ideologischem Purismus im gebildeten Großstadtbürgertum. Ohne ein entsprechend weites Verständnis von Offenheit, ja, von Liberalismus (oder sagen wir einfach: ohne Solidarität?), unterläuft sich Sozialdemokratie selbst. Wen aber interessierte dann das Überleben einer nur noch entsprechend genannten Partei?

Aus der Banalisierung des politischen Programms zum Label im Wählermarkt spricht letztlich eine recht durchsichtige Normativität, sowohl in Bezug auf das Verständnis politischer Prozesse als auch im Hinblick auf die erwünschten Politiken. Gegen einen solchen Zugang wäre nichts einzuwenden, wenn er denn transparent als solcher gekennzeichnet würde. Andernfalls zeugt er womöglich von der Lust seiner Verfechter*innen an der Polarisierung als Mittel zur Abschüttelung der Ungebildeten anstatt von wirklich objektiver Analyse. Andererseits behält die moderne Disziplin somit letztlich wohl doch Recht. Indem aus ihr selbst die schwindende Bereitschaft der Gebildeten spricht, sich im Umgang mit den Unbeleibten die ideologisch-weiße Weste zu besudeln, beweist sie ihre eigene Prophezeiung: Wenn sich das neue Großstadtbürgertum ganz auf sich selbst zurückzieht, kann Sozialdemokratie wohl wirklich nur als durchliberalisierte Marke für grün-urbane Klientelpolitik überleben. Als eigentlich politisches Programm aber wird sie dann nur noch ein Thema für die Historiker*innen sein.

Literatur

- Abou-Chadi, Tarik; Wagner, Markus 2019. »The Electoral Appeal of Party Strategies in Post-industrial Societies: When Can the Mainstream Left Succeed?«, in *The Journal of Politics* 81, 4, S. 1405–1419.
- Gingrich, Jane; Häusermann, Silja 2015. »The Decline of the Working-Class Vote, the Reconfiguration of the Welfare Support Coalition and Consequences for the Welfare State«, in *Journal of European Social Policy* 25, 1, S. 50–75.
- Hacker, Björn 2019. »Vorbild Dänemark?« in *Zeit online* vom 13. Juni 2019. www.zeit.de/politik/deutschland/2019-06/sozialdemokratie-europawahlen-dauenmark-globalisierung-marktwirtschaft (Zugriff vom 13.06.2019).
- Häusermann, Silja; Kurer, Thomas; Traber, Denise 2018. »The Politics of Trade-offs: Studying the Dynamics of Welfare State Reform with Conjoint Experiments«, in *Comparative Political Studies* 52, 7, S. 1059–1095.
- Häusermann, Silja; Picot, Gerard; Geering, Dominik 2013. »Rethinking Party Politics and the Welfare State: Recent Advances in the Literature«, in *British Journal of Political Science* 43, 1, S. 223–241.
- Kelley, Stanley 1956. *Professional Public Relations and Political Power*. Baltimore: Johns Hopkins Press.
- Kitschelt, Herbert 1994. *The Transformation of European Social Democracy*. Cambridge: Cambridge University Press.

- Lees-Marshment, Jennifer; Conley, Brian; Elder, Edward; Pettitt, Robin; Raynauld, Vincent; Turcotte, André 2019. *Political Marketing: Principles and Applications*. 3. Auflage. London: Routledge.
- Manow, Philip 2018. *Die Politische Ökonomie des Populismus*. Berlin: Suhrkamp.
- Mudde, Cas 2019. »Why Copying the Populist Right Isn't Going to Save the Left«, in *The Guardian* vom 14. Mai 2019. www.theguardian.com/news/2019/may/14/why-copying-the-populist-right-isnt-going-to-save-the-left (Zugriff vom 14.05.2019).
- Oesch, Daniel; Rennwald, Line 2018. »Electoral Competition in Europe's New Tripolar Political Space: Class Voting for the Left, Centre-Right and Radical Right«, in *European Journal of Political Research* 57, 2, S. 1–25.
- Roth, Michael 2017. »Die SPD muss ihr liberales Erbe retten«, in *Zeit online* vom 3. November 2017. www.zeit.de/politik/deutschland/2017-11/sozialdemokraten-spd-liberalismus-populismus-integration/komplettansicht (Zugriff vom 03.11.2017).
- Schwander, Hanna; Manow, Philip 2017. »Modernize and Die? German Social Democracy and the Electoral Consequences of the Agenda 2010«, in *Socio-Economic Review* 15, 1, S. 117–134.

Zusammenfassung: Nicht die Rückbesinnung auf den Traditionalismus ihrer einstigen Stammwählerschaft, sondern eine Umorientierung hin zum neuen liberal-urbanen Mittelstand sei die richtige Antwort der gemäßigten Linken auf den Aufstieg des Rechtspopulismus. Der Essay hinterfragt die methodischen und vor allem die programmatischen Annahmen, die hinter entsprechenden Handlungsempfehlungen aus der modernen, empirischen Politikwissenschaft stehen.

Stichworte: Sozialdemokratie, Populismus, Liberalismus, Politikwissenschaft, Methoden

Populism, Political Science and the Future of Social Democracy

Summary: According to much of modern, empirical political science, the best response to the rise of right-wing populism is for the moderate left to focus on the new, urban-liberal middle classes, rather than returning to the traditionalism of its former core electorate. The essay critically examines the methodological and programmatic assumptions underlying these prescriptions.

Keywords: social democracy, populism, liberalism, political science, methods

Autor

Carsten Nickel

Leviathan, 48. Jg., 1/2020